

Steffen Kampeter

- (A) darüber spekuliert haben, dass eine Option auf die Auflösung der Währungsunion im Finanzministerium in Deutschland erörtert worden ist. Wer wie Sie als verantwortlicher Fachminister in seinem Haus eine solche Diskussion offenbar zulässt, wer ein windelweiches Dementi vornimmt, als diese Diskussion in der Öffentlichkeit bekannt wird, der trägt für die **Währungsturbulenzen**, die dadurch mit ausgelöst wurden, ein gerüttelt Maß an Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Dies steht in einer gewissen Kontinuität. Herr Eichel, unter Ihrer politischen Führung sollte der europäische Stabilitätspakt weggewischt werden. Das war ihr politisches Ziel.

(Abg. Hans Eichel [SPD] meldet sich zu einer weiteren Kurzintervention)

Sie wollen keine Stabilität in Europa. Schulden und Inflation sind Ihr politisches Programm.

(Lothar Mark [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Dass dann natürlich bei Ihnen über europäische Stabilitätskultur innerhalb eines gemeinsamen europäischen Währungssystems streitig diskutiert wird, ist der zweite Schritt. Er ist konsequent und zeigt, welcher währungspolitischen und wirtschaftspolitischen Verantwortungslosigkeit Sie anheim gefallen sind.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie sind ein Brandstifter!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Eichel, es ist nicht üblich, eine Kurzintervention auf eine Kurzintervention zu machen. Die Kurzintervention bezieht sich auf eine Rede.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Machen Sie eine Pressekonferenz und erklären Sie das!)

Das Wort hat die Kollegin Elke Ferner, SPD-Fraktion.

Elke Ferner (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Das, was Sie eben geboten haben, Herr Kampeter, kann man wirklich nur noch unter dem Stichwort abhandeln: Kampeter toppt Austermann. Mehr kann man dazu nicht sagen. Ihre Lügen werden auch dadurch nicht besser, dass Sie sie ständig wiederholen. Herr Eichel hat den Sachverhalt eben klargestellt. Sie sollten Manns genug sein, das zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen kann man Ihre Debattenbeiträge und das, was Sie sich bisher im Bundestag und im Bundesrat geleistet haben, nur noch unter das Motto stellen: Denn sie wissen nicht, was sie tun!

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Andere Meinung des deutschen Volkes!)

(C) Die Finanzminister der Länder klagen ständig über Einnahmeprobleme, die so genannten Haushaltsexperten hier im Hause über Ausgabeprobleme. Die Finanzminister der Länder mit ihren Einnahmeproblemen blockieren seit Jahr und Tag den Abbau von Steuersubventionen in Höhe von mittlerweile jährlich 17 Milliarden Euro. Die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte ist so, wie sie ist, weil Sie sich weigern, dem Staat das zu geben, was er braucht, um die notwendigen Ausgaben auch tätigen zu können.

Sie haben mit den Anträgen, die Sie heute vorlegen, wieder das gemacht, was Sie schon in den letzten Jahren immer gemacht haben. Aber offenbar sind die Anträge in Ihrer Fraktion in Abwesenheit der Fraktionsvorsitzenden und der Fachpolitiker beschlossen worden. Wie können Sie es sonst erklären, dass Ihre Fraktionsvorsitzende umfangreiche **Steuersenkungen** in Aussicht stellt? Ihr Konzept 21 würde Einnahmeausfälle von rund 10 Milliarden Euro bedeuten. In den ersten beiden Jahren wären das sogar 15 bis 16 Milliarden Euro. Wie sonst ist es zu erklären, dass der verkehrspolitische Sprecher Ihrer Fraktion mal eben 3 Milliarden Euro mehr für Verkehrsinvestitionen fordert? Wie ist es zu erklären, dass die Kopfpauschale, an der Sie offenbar immer noch festhalten, die öffentlichen Haushalte mit bis zu 23 Milliarden Euro zusätzlich belasten würde?

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das alles stimmt nur leider nicht!)

Wenn man die Kosten dieser drei Vorschläge einmal zusammenrechnet, und zwar ohne den ganzen Kram, den Sie sonst immer fordern, dann sind das 41 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund reden Sie von Haushaltskonsolidierung. Das kann ja wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der SPD)

(D) Sie befinden sich in einem haushaltspolitischen Amoklauf und merken es noch nicht einmal. Sie fordern uns auf, Ausgaben zu kürzen, und Sie selbst wollen noch mehr Geld, das nicht vorhanden ist, verteilen. Wie soll das denn eigentlich funktionieren?

Ich glaube, wir sollten uns über Ihre Kürzungsvorschläge beim Haushalt unterhalten; denn andere Ideen haben Sie bisher nicht aufgezeigt. Sie, FDP und Union zusammen, haben gefordert, die **Steinkohlenbeihilfen** für das Jahr 2005 um 1,645 Milliarden Euro zu kürzen. Es gibt aber einen rechtskräftigen Zuwendungsbescheid. Der interessiert Sie nicht. Diese Ausgaben wären überhaupt nicht einzusparen.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Wer hat denn den Zuwendungsbescheid gemacht? Das war der Bund!)

Wenn man das gemacht hätte, wären Massenentlassungen im Bergbau, im Kraftwerksbereich und in der Zulieferindustrie die Folge gewesen. Ist das die Arbeitsmarktpolitik, die Sie wollen? Verstehen Sie das unter „Vorfahrt für Arbeit“, liebe Kollegen und Kolleginnen von der Union und der FDP?

(Beifall bei der SPD)

Elke Ferner

- (A) Dann haben Sie gefordert, die **Arbeitslosenhilfe** um 1 Milliarde Euro und den **Bundeszuschuss an die Bundesagentur für Arbeit** auch um 1 Milliarde Euro zu kürzen. Der Vorschlag ist eine Luftnummer; denn die Arbeitslosenhilfe war eine gesetzliche Verpflichtung. Oder wollten Sie zum Gesetzesbruch aufrufen? Das andere würde schlicht und ergreifend bedeuten: Entweder man hat überhaupt keine Mittel mehr für die aktive Arbeitsmarktpolitik oder man muss das Arbeitslosengeld I kürzen.

(Joachim Poß [SPD], zur CDU/CSU gewandt:
Was wollen Sie?)

Aber dazu bedarf es auch einer Gesetzesänderung. Für wie seriös halten Sie selbst denn Ihre Vorschläge eigentlich?

Herr Stoiber hat sich gestern auch wieder zu Wort gemeldet: **Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung** um 1,5 Prozentpunkte. – Was bedeutet das denn? Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden gestrichen. Das hat er ja auch gesagt. Es werden sich insbesondere die Menschen im Osten freuen, dass da überhaupt nichts mehr läuft.

(Hans-Joachim Fuchtel [CDU/CSU]: Es läuft anschließend mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt!)

Das bedeutet natürlich, dass über kurz oder lang die Kosten für das Arbeitslosengeld II auch steigen würden, weil nicht mehr so viele Menschen in den ersten Arbeitsmarkt reintegriert werden können. Zum anderen würde die Entlastung bei dem oder der Einzelnen bei einem Gehalt von 2 000 Euro brutto im Monat schlappe 15 Euro betragen. Die Handwerkerstunde – das muss man sich jetzt wirklich auf der Zunge zergehen lassen – würde um sage und schreibe 10 Eurocent inklusive Mehrwertsteuer billiger. Wenn das Ihre Vorstellungen von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, von Wirtschaftsförderung und Wirtschaftswachstum sind, dann kann man Sie wirklich nur zu Ihren Vorstellungen beglückwünschen. Das ist wirklich das Papier nicht wert, auf dem es steht. Vor allen Dingen verschleiert es die wirklichen Probleme, die wir haben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben noch andere Vorschläge gemacht. Die FDP beispielsweise wollte die pauschale Abgeltung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung streichen. Dann sollten Zinsausgaben um mehrere Milliarden Euro gekürzt werden und es sollten andere Pseudokürzungen, die nicht umsetzbar sind, erfolgen. Ihre ganzen Vorschläge zur Ausgabenkürzung waren Luftnummern.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Auch die Subventionen bei der Steinkohle?)

Hier gaukeln Sie der Öffentlichkeit, ohne selber Vorschläge zu machen, vor, man müsse nur die Ausgaben reduzieren und dann komme das alles schon in Ordnung. Beim Steuersubventionsabbau verweigern Sie sich. Sie entziehen den öffentlichen Haushalten jedes Jahr

17 Milliarden Euro. Das ist Ihre Verantwortung, die Verantwortung dieser Seite des Hauses. Dieser Verantwortung müssen Sie sich dann im September stellen. (C)

(Beifall bei der SPD – Jürgen Koppelin [FDP]:
Bei der Subvention der Steinkohle haben wir
Vorschläge gemacht!)

– Herr Koppelin, wenn Sie einmal in Ihrem Leben zuhören würden. Ich habe Ihnen eben erklärt, dass das schlicht und ergreifend nicht gegangen wäre.

Man muss vielleicht noch einmal deutlich machen, wie sich Ihre **Haushalts- und Finanzpolitik** auswirkt. Das wären massive Kürzungen bei Rentnern und Rentnerinnen, bei den Arbeitslosen und bei den Kurzarbeitern, das wären Massenentlassungen im Bergbau, bei den Zulieferern, im Kraftwerksbereich und im öffentlichen Dienst. Sie wollten so eben mal die Verwaltungsausgaben um 1,9 Milliarden Euro senken.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Wie sieht Ihre Bilanz aus?)

– Stellen Sie doch eine Zwischenfrage, Herr Koppelin, und schreien Sie nicht dazwischen. Sie wollen mittlerweile eine Mehrwertsteuererhöhung, die alle Konsumentinnen und Konsumenten betrifft.

(Abg. Jürgen Koppelin [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, gestatten Sie die Zwischenfrage des Herrn Kollegen Koppelin? (D)

Elke Ferner (SPD):

Sehr gerne.

Jürgen Koppelin (FDP):

Bevor Sie sich die Sorgen machen, die sich eine zukünftige Koalition der CDU/CSU und der FDP machen müsste, können Sie mir vielleicht sagen, wie es zurzeit bei Ihnen aussieht. Ich nenne nur das Stichwort **Arbeitslosigkeit**. Ich könnte zwar noch andere Bereiche ansprechen, aber es würde mir schon reichen zu erfahren, was im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit in den sieben Jahren geschehen ist, und zwar ausgehend von der Bemerkung Gerhard Schröders, dass er die Arbeitslosenzahl senken wolle,

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Halbieren!)

sonst solle man ihn nicht wiederwählen.

Elke Ferner (SPD):

Ein Blick auf die öffentlichen Haushalte über alle Ebenen zeigt, dass die Investitionstätigkeit des Bundes relativ konstant geblieben ist, während bei den Ländern und Gemeinden die Investitionen dramatisch zurückgegangen sind. Das hatte auch etwas mit Ihrer Steuerpolitik zu tun.

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: Was ist jetzt mit den Arbeitslosen?)

Elke Ferner

- (A) Wir haben dann gegen Ihren Widerstand die Gewerbesteuerreform auf den Weg gebracht. Seit letztem Jahr fließt die **Gewerbesteuer** wieder. Sie aber wollen – zumindest Ihren Parteitagsbeschlüssen zufolge – die Gewerbesteuer wieder abschaffen, das heißt den Kommunen die Finanzgrundlage und damit den Boden für eigene Investitionen entziehen.

Wie verhält es sich denn beispielsweise mit dem Abfluss der Mittel aus dem 4-Milliarden-Euro-Ganztagschulprogramm in den unionsregierten Ländern, das kleinteilige lokale Investitionen fördern und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen würde? Nichts davon ist zu erkennen.

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Das mag das Volk an der Politik, dass sie Fragen beantwortet, die sich gar nicht stellen!)

– Sie können auch gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Sie beantworten sie ja nicht!)

– Sie müssen es schon mir überlassen, wie ich dem Kollegen Koppelin antworte.

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Sie müssen es mir überlassen, wie ich das kommentiere!)

– Das können Sie gerne kommentieren, wie Sie möchten. Ich weiß auch, wie die Bevölkerung Ihre Vorschläge kommentiert, die Sie alle miteinander vorlegen. Sie haben ein stärkeres Wirtschaftswachstum blockiert, indem Sie Steuereinnahmen blockiert und verhindert und damit auch sinnvolle Investitionen verhindert haben. Insofern können wir gerne darüber reden, was man alles hätte besser machen können. Aber ständige Ausgabenkürzungen und Steuergeschenke an die oberen Zehntausend schaffen sicherlich keine Arbeitsplätze, sehr geehrter Herr Koppelin.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Koppelin [FDP]: Schröder ist doch der Freund der Bosse!)

Ich war dabei, zu erläutern, welche Vorstellungen Sie von Politik haben, was Sie aktuell diskutieren und welche Vorschläge Sie haben. Zurzeit wird die **Mehrwertsteuererhöhung** ins Spiel gebracht. Die FDP ist von einem klaren Nein über ein Vielleicht jetzt schon bei einem Ja angelangt. Herr Koppelin hat sich eben in seiner Rede schon gar nicht mehr getraut, etwas dazu zu sagen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sie haben nicht zugehört!)

– Wenn Sie etwas dazu gesagt haben, dann bitte ich um Entschuldigung. Ich habe das wohl überhört. Aber wir werden hören, mit welchen Wahlaussagen Sie in den Wahlkampf hineingehen werden.

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Stegner heißt der Mann!)

– Herr Stegner ist im Gegensatz zu Ihrer Fraktionsvorsitzenden kein Kanzlerkandidat der SPD. (C)

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Das weiß man ja bei euch nie! Das ist ja unsicher!)

Ihre Fraktionsvorsitzende hat Steuersenkungen angekündigt, die sie offenbar durch eine Mehrwertsteuererhöhung finanzieren will. Das bedeutet, dass die Konsumenten und Konsumentinnen die Entlastung der oberen Zehntausend finanzieren sollen, dass die unteren Einkommen durch die Besteuerung der bisher steuerfreien Sonn-, Feiertags- und Nachtschichtzuschläge zusätzlich belastet werden und dass sie bei der Pendlerpauschale zusätzlich herangezogen werden, sodass im Ergebnis die Krankenschwester die Steuerentlastung für den Chefarzt finanziert. Das ist Ihr Verständnis von Politik und sozialer Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Klassenkampf statt Wirtschaftswachstum!)

Das alles – einer Ihrer Kollegen hat es eben bereits angedeutet – reicht Ihnen aber noch nicht aus. Sie wollen auch noch de facto den Kündigungsschutz abschaffen, den Jugendarbeitsschutz schleifen und in das Tarifrecht und die betriebliche Mitbestimmung eingreifen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Rot-Grün macht arm und arbeitslos!)

Das verstehen Sie unter sozialer Marktwirtschaft. Wenn Ihr Altbundeskanzler Erhard das wüsste, dann würde er sich im Grab umdrehen. (D)

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der sozialdemokratische Kapitalismus mit über 5 Millionen Arbeitslosen!)

Zum Abschluss, sehr geehrter Herr Kampeter: Zurzeit ist überall von „neuer Ehrlichkeit“ zu lesen.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Neue Ehrlichkeit statt alter Unehrllichkeit! Lügenbold!)

Was darunter zu verstehen ist, hat Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Glos mit seiner Bemerkung deutlich gemacht, es werde sicher im Wahlprogramm eine Formulierung gefunden, die die Union einerseits ehrlich erscheinen lasse, die andererseits aber den notwendigen Spielraum für die Sanierung der Staatsfinanzen biete.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Entlarvend!)

Das ist keine neue **Ehrlichkeit**, meine Damen und Herren von der Opposition; es ist vielmehr die alte Scheinheiligkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie hätten Ihre peinlichen Anträge am besten gar nicht gestellt oder sie wenigstens zurückziehen sollen. Das beste Haushaltssicherungskonzept, das ich mir vorstellen kann, besteht darin, dass Sie in der Opposition bleiben und wir in der Regierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)